



# IBERO-ANALYSEN

Dokumente, Berichte und Analysen  
aus dem Ibero-Amerikanischen Institut  
Preußischer Kulturbesitz  
Berlin

---

Heft 7

Januar 2001

---

## Venezuela unter Chávez:

Zwischen demokratischer Revolution und Caudillismo

Friedrich Welsch  
José Vicente Carrasquero



This work is licensed under the Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland License. To view a copy of this license, visit <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>.

The online version of this work can be found at:  
<[www.iai.spk-berlin.de/publikationen/ibero-analysen.html](http://www.iai.spk-berlin.de/publikationen/ibero-analysen.html)>



---

Friedrich Welsch, Professor für politische Wissenschaft, Universidad Simón Bolívar, Caracas; E-mail [fjwelsch@hotmail.com](mailto:fjwelsch@hotmail.com); José Vicente Carrasquero, PhD, Profesor Asociado an der Universidad Simón Bolívar, Caracas.



Das Ibero-Amerikanische Institut (IAI) ist ein disziplinenübergreifend konzipiertes Zentrum der wissenschaftlichen Arbeit sowie des akademischen und kulturellen Austauschs mit Lateinamerika, Spanien und Portugal. Es beherbergt die größte europäische Spezialbibliothek für den ibero-amerikanischen Kulturraum, zugleich die drittgrößte auf diesen Bereich spezialisierte Bibliothek weltweit. Gleichzeitig erfüllt das IAI eine Funktion als Stätte der außeruniversitären wissenschaftlichen Forschung sowie als Forum des Dialogs zwischen Deutschland, Europa und Ibero-Amerika.

Die **IBERO-ANALYSEN** richten sich in erster Linie an Entscheidungsträger aus Politik, Kultur und Wirtschaft. Sie greifen themenorientierte und länderbezogene Fragestellungen auf und liefern aktualitätsbezogene, aber über den tagespolitischen Horizont hinausreichende Informationen zu Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur der Länder Ibero-Amerikas. Ausgewiesene Fachwissenschaftler bieten in den **IBERO-ANALYSEN** Orientierungswissen in allgemeinverständlicher Form, das den interkulturellen Dialog zwischen Deutschland und dem ibero-amerikanischen Kulturraum anregen und unterstützen soll.

Das Ibero-Amerikanische Institut bemüht sich, in seinen Publikationen vielfältige Meinungen zu Wort kommen zu lassen. Diese stellen jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des IAI dar. Die **IBERO-ANALYSEN** sind für den persönlichen Gebrauch bestimmt. Nachdruck nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des IAI und mit vollständiger Quellenangabe. Die **IBERO-ANALYSEN** können auch über die Homepage des IAI im PDF-Format heruntergeladen werden:  
(<http://www.ibero-analysen.de>).

---

## Redaktion

Dr. Peter Birle  
Ibero-Amerikanisches Institut Preußischer Kulturbesitz  
Referat Forschung und Projekte  
Potsdamer Straße 37  
10785 Berlin  
Telefon: 030 – 2662515  
Telefax: 030 – 2662503  
e-mail: [birle@iai.spk-berlin.de](mailto:birle@iai.spk-berlin.de)  
<http://www.iai.spk-berlin.de>

1. Auflage 2001

© Ibero-Amerikanisches Institut Preußischer Kulturbesitz, Potsdamer Straße 37,  
10785 Berlin

ISBN 3-935656-00-9

# Venezuela unter Chávez:

## Zwischen demokratischer Revolution und Caudillismo

Friedrich Welsch und José Vicente Carrasquero

### I. Der Übergang zur Fünften Republik

Als der frühere Fallschirmjäger-Oberstleutnant und Anführer des erfolglosen, blutigen Putschversuchs vom 4. Februar 1992, Hugo Chávez, am 8. Dezember 1998 einen haushohen Wahlsieg errang, der ihm das Amt des venezolanischen Staatspräsidenten sicherte, tanzten seine Anhänger auf den Straßen im Zentrum der Hauptstadt Caracas die ganze Nacht hindurch, feierten ihr Idol und sprühten vor Hoffnungen. In der Geschichte Venezuelas brach eine neue Ära an, in der sie, die ewig Benachteiligten, in den Vordergrund treten und die Geschicke des Landes maßgeblich mitbestimmen würden. Gleichzeitig sorgten die Unwägbarkeiten der von Chávez versprochenen „friedlichen und demokratischen Revolution“ bei weiten Kreisen der Mittel- und vor allem der Oberschichten für erhebliche Beunruhigung. Es zeichnete sich bereits ab, was nunmehr immer augenscheinlicher wird: die im Umgang miteinander traditionell egalitären Venezolaner begannen, sich in zwei einander immer feindlicher gegenüberstehende Lager zu spalten, nämlich das „souveräne Volk“ und die „Oligarchie“ - in der effekthascherischen Terminologie des Staatspräsidenten.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Eine im November 2000 durchgeführte Umfrage verdeutlicht diese Polarisierung: während die Popularität des Staatspräsidenten in der Unterschicht

Chávez hielt sein Versprechen, er werde das politische System Venezuelas in seinen Grundfesten erschüttern. In einer beispiellosen Kampagne ständiger Agitation, Propaganda und Mobilisierung, die er vor allem über endlose, in amtlich verordneten Schaltkonferenzen von Radio- und Fernsehstationen gehaltene Reden, Aufrufe und Verbalattacken gegen die Politik und die Politiker der Vergangenheit vorantrieb, gewann er die Unterstützung eines bedeutenden Teils der Öffentlichkeit für sein Vorhaben eines politischen Neuanfangs. Der Erfolg seines aggressiven Werbens ist zweifellos auch seinem messianischen Diskurs zu verdanken, den er bewusst einsetzt und meisterhaft beherrscht.<sup>2</sup> Mit seinem rastlosen Einsatz überrollte Chávez die Oppositionsparteien, die in den Parlaments- und Regionalwahlen vom November 1998 – einen Monat vor seinem Sieg bei den Präsidentschaftswahlen – die Mehrheit in beiden Kammern des Kongresses und zwei Drittel der Gouverneursposten errungen hatten (Welsch/Werz 1999). Die

bei 76 % liegt, fällt sie in der Mittelschicht auf 45 % und in der Oberschicht auf 26 % (El Universal, 17.12.2000).

<sup>2</sup> In seinen Gesprächen mit dem Autor Blanco Muñoz bemerkte Chávez zum Messianismus: „diese messianische Befruchtung, der blinde Glaube, die gibt es einfach [...] Das Werkzeug ist vorhanden, man muss es nur richtig nutzen“ (Blanco Muñoz 1998: 601).

Chávez hielt sein Versprechen, er werde das politische System Venezuelas in seinen Grundfesten erschüttern. In einer beispiellosen Kampagne ständiger Agitation, Propaganda und Mobilisierung [...] gewann er die Unterstützung eines bedeutenden Teils der Öffentlichkeit für sein Vorhaben eines politischen Neuanfangs.

Seit seiner Amtseinführung im Februar 1999 hat Chávez seine „bolivarianische“ Revolution auf die Zermürbung der bestehenden Institutionen und die parallele Errichtung einer Struktur fokussiert, die auf Machtkonzentration und –monopolisierung in den Händen einer Führungsfigur ausgerichtet ist, einem Führer, der mit dem Volk ohne Mittler direkt kommuniziert.

Opposition kapitulierte bedingungslos, ebenso wie die Gewerkschaftsorganisationen und Arbeitgeberverbände. Chávez ließ sich die Gelegenheit nicht entgehen, die ihm der Vertrauensverlust der Bevölkerung gegenüber den staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen bot (Carrasquero/Welsch 2000). Ihre Schwäche machte es ihm leicht, sie zu demontieren: den Obersten Gerichtshof, den Kongress, den Nationalen Wahlrat, die Gouverneure der Bundesstaaten und deren Parlamente, die Sozialpartner.

Seit seiner Amtseinführung im Februar 1999 hat Chávez seine „bolivarianische“ Revolution auf die Zermürbung der bestehenden Institutionen und die parallele Errichtung einer Struktur fokussiert, die auf Machtkonzentration und –monopolisierung in den Händen einer Führungsfigur ausgerichtet ist, einem Führer, der mit dem Volk ohne Mittler direkt kommuniziert. Der direkte Draht zum Volk ist notwendige Voraussetzung des postdemokratischen Entwicklungsmodells: die Postdemokratie chávezscher Prägung präsentiert sich als plebiszitär, im Gegensatz zum repräsentativen Ansatz. Das plebiszitäre Paradigma durchzieht das Aktionsprogramm des von Chávez geführten Bündnisses „Patriotischer Pol“, zusammengesetzt aus seiner „Bewegung Fünfte Republik“, der demokratisch-sozialistischen „Bewegung zum Sozialismus“ (*Movimiento al Socialismo/MAS*) und sieben weiteren Kleinparteien und Gruppierungen des linken Spektrums. Im April 1999, nur zwei

Monate nach seiner Amtseinführung, wurde die Volksbefragung zur Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung sowie deren Handlungsrahmen durchgeführt. Im Juli wurden die Abgeordneten der Nationalen Verfassungsgebenden Versammlung gewählt; das Chávez-Bündnis setzte sich dabei auf der gesamten Linie durch und errang über 90% der Sitze. Die Versammlung legte in Rekordzeit eine neue „Bolivarianische“ Verfassung vor, die sich weitgehend an den von Chávez vorgelegten Entwurf anlehnt und im Dezember 1999 per Volksabstimmung in Kraft gesetzt wurde. Trotz einer ununterbrochenen Mobilisierungskampagne war die Wahl- und Abstimmungsbeteiligung – zwischen einem guten Drittel und etwas über der Hälfte der Wahlberechtigten – nicht nur nicht höher, sondern in der Tendenz sogar noch niedriger als bei den letzten Wahlen der so geschmähten Vierten Republik, ein Indiz dafür, dass es auch Chávez nicht gelungen ist, jenen Großteil der Bürger, die der politischen Beteiligung den Rücken gekehrt haben, wieder in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

Während der Übergangsphase zwischen der Annahme der Bolivarianischen Verfassung und der Relegitimierung aller Wahlämter nach deren Regeln in den sogenannten „Megawahlen“ vom 30. Juli 2000 übernahm eine von der Verfassungsgebenden Versammlung eingesetzte, ausschließlich aus Chávez-Gefolgsleuten bestehende „Gesetzgebungskommission“ die Rolle einer Legisla-

tive, welche die von der Regierung vorgeschlagenen Politiken parlamentarisch absegnete. Parallel dazu bereitete ein ebenfalls von der Verfassungsgebenden Versammlung eingesetzter und ebenfalls ausschließlich mit regierungstreuen Gewährsleuten besetzter Nationaler Wahlrat diesen Wahlgang vor. Der ursprünglich für Ende Mai 2000 vorgesehene Wahltermin musste wegen offensichtlicher Unfähigkeit dieses Organs – bei dessen Zusammensetzung eher auf Loyalität als auf Fachkompetenz geachtet worden war – auf Ende Juli verschoben werden; die weitere Vorbereitung wurde einem Gremium mit einigen neutralen Fachleuten übertragen. Die Zweifel über den demokratischen Charakter des Regimes, die eine auf Gleichschaltung sämtlicher Staatsorgane gerichtete Personalpolitik noch verstärkte, konnten auch durch den fünften, aufeinanderfolgenden Wahl- bzw. Volksabstimmungssieg von Hugo Chávez nicht zerstreut werden, zumal die Bolivarianische Verfassung mit ihren schwachen Gegengewichten die Machtposition des Staatspräsidenten monopolartig absichert (Brewer-Carías 2000; Rey 1999; Vanossi 1999).

Das vorläufige Ende der Kette von landesweiten Wahlakten bildeten die mit einer Volksabstimmung über die Amtsenthebung der Vorstände der Gewerkschaftsverbände und deren Reorganisation verbundenen Gemeinderatswahlen, die zum ersten Fiasko der bolivarianischen Revolution wurden. Zwar konnte die Regierungsbündnis ihre Positi-

on in den mehrheitlich von der Opposition bzw. Unabhängigen beherrschten Rathäusern stärken, aber die Wahlbeteiligung erreichte mit einem Fünftel einen historischen Tiefstand;<sup>3</sup> weitaus geringere Legitimationsdefizite hatten den Niedergang der Vierten Republik begleitet und beschleunigt. An der gekoppelten Volksbefragung beteiligten sich nur etwas über drei Prozent der Wahlberechtigten, und Chávez gelang es daher vorerst nicht, die Arbeiterbewegung gleichzuschalten.

## II. Die Bolivarianische Verfassung

Die vom „Patriotischen Pol“ klar beherrschte Verfassungsgebende Versammlung forderte zwar alle Bürger und organisierten Gruppen auf, Vorschläge zu unterbreiten, richtete ein Bürgerbüro ein und stellte eine interaktive Seite ins Netz, erhielt auch zahlreiche Eingaben zu allen möglichen Themen und diskutierte Anträge und Gegenanträge in gelegentlich hitzigen Debatten, verabschiedete aber schließlich ein Werk, das praktisch alle Elemente des Entwurfs enthielt, den Präsident Chávez ihr bei der Eröffnungssitzung vorgelegt hatte.

Der entscheidende Einfluss des Staatspräsidenten wurde für jedermann offensichtlich, als die Versammlung beschloss, entgegen dessen Wunsch die Staatsbezeichnung nicht zu ändern. Chávez intervenierte direkt, forderte eine erneute Abstimmung und setzte seinen Willen durch:

Die Zweifel über den demokratischen Charakter des Regimes, die eine auf Gleichschaltung sämtlicher Staatsorgane gerichtete Personalpolitik noch verstärkte, konnten auch durch den fünften, aufeinanderfolgenden Wahl- bzw. Volksabstimmungssieg von Hugo Chávez nicht zerstreut werden, zumal die Bolivarianische Verfassung mit ihren schwachen Gegengewichten die Machtposition des Staatspräsidenten monopolartig absichert.

<sup>3</sup> In der Hauptstadt Caracas z.B. lag die Wahlbeteiligung nur knapp über 14% ([www.cne.gov.ve](http://www.cne.gov.ve)).

Das Land heißt nunmehr offiziell „Bolivarianische Republik Venezuela“. Diese Änderung ist keineswegs bloß nominal, sondern hat programmatischen Charakter, denn sie suggeriert eine doppelte Identität, indem sie die Einheit von Führer Bolívar und unterjochtem Volk im Befreiungskampf gegen die spanische Kolonialherrschaft mit der Einheit von Chávez und unterdrückter Unterschicht in der demokratischen Revolution von heute gleichsetzt und damit die Identität von Bolívar und Chávez postuliert.

das Land heißt nunmehr offiziell „Bolivarianische Republik Venezuela“. Diese Änderung ist keineswegs bloß nominal, sondern hat programmatischen Charakter, denn sie suggeriert eine doppelte Identität, indem sie die Einheit von Führer Bolívar und unterjochtem Volk im Befreiungskampf gegen die spanische Kolonialherrschaft mit der Einheit von Chávez und unterdrückter Unterschicht in der demokratischen Revolution von heute gleichsetzt und damit die Identität von Bolívar und Chávez postuliert (Welsch/Carrasquero 2000, Arenas/Gómez 1999; Welsch 1999). Außerdem verweist diese Staatsbezeichnung auf ein über Venezuela hinausreichendes politisches Programm, indem es Bolívars Traum von der Einigung Spanisch-Amerikas transportiert, d.h. weiteren bolivarianischen Republiken Raum bietet.

Zu den wichtigsten organisatorischen Neuerungen der Bolivarianischen Verfassung gehört die Abschaffung der Vertretung der Bundesstaaten in der Nationalversammlung, einem Ein-Kammer-Parlament, das den bisherigen Zwei-Kammern-Kongress ersetzt. Der Verfassungsrechtler Brewer-Carías – eines der wenigen nicht regierungstreuen Mitglieder der Nationalversammlung – bezeichnet das als „Widerspruch zu der föderalen Staatsform“ (Brewer-Carías 2000: 107). Die Bundesstaaten verlieren eine Vertretungsinstanz und werden dafür mit dem „Föderalen Regierungsrat“ (*Consejo Federal de Gobierno*) entschädigt, einer unter der Federführung des

Exekutiv-Vizepräsidenten angesiedelten Koordinationsinstanz, der neben den direkt gewählten Gouverneuren der Bundesstaaten auch die Kabinettsminister, ein Bürgermeister je Bundesstaat sowie Vertreter der „organisierten Gesellschaft“ angehören. Dem Rat obliegt die „Planung und Koordination von Politiken und Maßnahmen zur Entwicklung des Dezentralisierungsprozesses und der Kompetenzübertragung von der nationalen auf die Ebene der Bundesstaaten und Gemeinden“ (Bolivarianische Verfassung 1999, Art. 185). Die Definition und Regulierung dieser Funktionen obliegt dem Gesetzgeber, also einer Instanz, in der die Bundesstaaten und Gemeinden nicht als Organe vertreten sind. Die Verfassung schafft auch das neue Amt des Exekutiv-Vizepräsidenten (*Vicepresidente Ejecutivo*), der nicht vom Volk gewählt, sondern vom Staatspräsidenten ernannt wird und nur diesem Rechenschaft ablegt. Die dritte Neuerung in diesem Bereich ist die Möglichkeit einer Wiederwahl des Staatspräsidenten und die Verlängerung seiner Amtszeit von fünf auf sechs Jahre. Mit der Zulassung der Wiederwahl folgt Venezuela den Beispielen anderer lateinamerikanischer Länder, z.B. Argentinien, Brasilien und Peru.

Die Bolivarianische Verfassung führt außerdem zwei neue Gewalten ein, nämlich die Bürger- und die Wählergewalt (*Poder Ciudadano* und *Poder Electoral*). Die Bürgergewalt wird vom Moralrat der Republik (*Consejo Moral Republicano*) ausgeübt, dem

der Ombudsman (*Defensor del Pueblo*), der Generalstaatsanwalt (*Fiscal General*) und der Oberste Rechnungsprüfer (*Contralor General*) angehören; der Moralrat stellt inhaltlich und terminologisch einen Rückgriff auf Bolívars Verfassungsvorstellungen dar.<sup>4</sup> Seine Hauptaufgaben umfassen die „Verhinderung, Untersuchung und Bestrafung von Tatbeständen, welche sich gegen die öffentliche Ethik und die Verwaltungsmoral richten“; außerdem soll er für die „Gesetzmäßigkeit bei der Verwendung öffentlicher Mittel sorgen“ (Bolivarianische Verfassung, Art. 274) sowie „alle pädagogischen Aktivitäten fördern, die der Kenntnis dieser Verfassung, der Vaterlandsliebe, den bürgerlichen und demokratischen Tugenden, den Grundwerten der Republik und der Achtung der Menschenrechte verpflichtet sind“ (Art. 278). Dem Nationalen Wahlrat obliegt die Regelung der Wahlgesetze, die Organisation von Wahlen, die Führung des Melde- und Wählerverzeichnisses und des Verzeichnisses der politischen Organisationen sowie die Überwachung der Finanzen dieser Organisationen (Art. 293).

Die Mitwirkungsrechte der Bürger wurden erheblich erweitert, der Schutz der Menschenrechte ausgeweitet und das Selbstbestimmungsrecht der indigenen Bevölkerung gestärkt, da sie nunmehr durch Quoten in den parlamentarischen Instanzen aller Ebenen vertreten sind. Den

Mitgliedern der Streitkräfte wurde das Wahlrecht eingeräumt und die Bürger können ihren Forderungen durch Volksbegehren und –abstimmungen Gehör verschaffen. Die Funktionen der Kandidatenauswahl und –benennung für die Richter des Obersten Gerichts und die Mitglieder des Moralrats der Republik wurden getrennt und durch Bürgerbeteiligung zumindest teilweise der ausschließlichen Zuständigkeit des Parlaments entzogen. Die Kandidatenauswahl liegt nunmehr bei Bewerbungsausschüssen, an denen die gesellschaftlichen Gruppen zu beteiligen sind, während die Nationalversammlung die Amtsträger mit qualifizierter Mehrheit aus Dreierlisten auswählt, die von diesen Ausschüssen erstellt werden. Bedauerlicherweise wurde dieses Partizipationsrecht mit Verfassungsrang schon verletzt, als die Tinte noch feucht war, mit der es zu Papier gebracht wurde, denn die Nationalversammlung verabschiedete ein Bewerbungsgesetz, das die Beteiligung der Gesellschaft auf eine praktisch einflusslose Präsenz in „Dialogausschüssen“ (*Mesas de Diálogo*) reduziert, die obendrein keine Entscheidungskompetenz besitzen, sondern nur Empfehlungen aussprechen. Deshalb ändert sich trotz der Einführung zweier neuer Gewalten nichts an der angestammten Praxis der Gewaltenfusion statt Gewaltenteilung. Ebenso wie in der Vierten Republik beherrscht das Parlament die übrigen Gewalten durch seine Zuständigkeit für deren Besetzung und wird selbst wiederum von der Exekutive beherrscht, die frühere parlamen-

Trotz der Einführung zweier neuer Gewalten änderte sich nichts an der angestammten Praxis der Gewaltenfusion statt Gewaltenteilung. Ebenso wie in der Vierten Republik beherrscht das Parlament die übrigen Gewalten durch seine Zuständigkeit für deren Besetzung und wird selbst wiederum von der Exekutive beherrscht.

<sup>4</sup> Bolívar, Discurso de Angostura, 15.2.1819, Obras Completas, La Habana (Lex) 1947.

Eine vertiefende Diskussion über die Bolivarianische Verfassung wird dadurch erschwert, dass bisher keine Klarheit darüber besteht, welcher Text wirklich gültig ist.

tarische Zuständigkeiten an sich gezogen hat.

So wurde die ohnehin dominierende Position des Staatspräsidenten noch weiter gestärkt. Der Präsident hat heute das alleinige Recht auf Beförderung von Offizieren vom Rang eines Obersten an und kann so seine Machtbasis auch militärisch sichern; er ernennt den Exekutiv-Vizepräsidenten und kontrolliert damit faktisch den Föderalen Regierungsrat, also die Koordinationsinstanz für die Dezentralisierung. Schließlich kann der Staatspräsident die Nationalversammlung auflösen, wenn diese drei Misstrauensvoten gegen Exekutiv-Vizepräsidenten zustandebringt (Art. 240). Diese Schwelle kann man zwar mit Brewer-Carías als kaum überwindbar ansehen – es sei denn, die Nationalversammlung provoziere ihre eigene Auflösung – aber dennoch handelt es sich hier um eine Kompetenz, die durch kein Gegengewicht einer anderen Gewalt ausgewogen wird.

Im Bereich der Wirtschaft sind die Neuerungen weniger eindeutig. So werden einerseits Regeln eingeführt, die auf ein modernes, effizientes und verantwortungsvolles öffentliches Management zielen, z.B. die strafrechtliche Verfolgung von Steuerdelikten, ein restriktiver Rahmen für öffentliche Haushalte und eine offene Ordnungspolitik, andererseits wird die Unabhängigkeit der Zentralbank durch eine Rechenschaftspflicht gegenüber der Nationalversammlung stark eingeschränkt, weil ihre Steuerungsinstrumente damit der jeweiligen parlamentari-

schen Machtkonstellation unterworfen werden.

Eine vertiefende Diskussion über die Bolivarianische Verfassung wird dadurch erschwert, dass bisher keine Klarheit darüber besteht, welcher Text wirklich gültig ist. Die Fassung, die vom Volk am 15. Dezember 1999 verabschiedet wurde, unterscheidet sich sowohl von der am 30. Dezember 1999 im Staatsanzeiger veröffentlichten als auch von einer „korrigierten“ Fassung, die – ohne weitere parlamentarische Beratung – von einem „Stilausschuss“ erstellt und am 24.3.2000 im Staatsanzeiger abgedruckt wurde. Die Generalstaatsanwaltschaft entdeckte in einem Vergleich mehr als 250 Änderungen, die beileibe nicht nur stilistischer, sondern handfester inhaltlicher Natur sind. So wurde z.B. in Ziffer 3 des Artikels 266, der die Kompetenzen des Obersten Gerichts regelt, durch Einfügung eines simplen Kommas die Immunität von Offizieren der Streitkräfte im Generals- und Admiralsrang auf sämtliche Offiziere ausgeweitet (Fiscalía ... 2000). Im Klartext heißt das, dass bei Straffälligkeit eines Offiziers jeden Ranges das Oberste Gericht zu entscheiden hat, ob Anklage erhoben werden darf oder nicht.

Zusammenfassend kann man feststellen, dass die Ungleichgewichte in den Beziehungen zwischen den Gewalten, welche schon in der Verfassung von 1961 der Exekutive eine Vorrangstellung gesichert hatten, sich noch weiter in Richtung einer Stärkung der Position des Staatspräsidenten verschoben



haben, und dass die Mitwirkungsrechte der nicht näher definierten „organisierten Gesellschaft“ sich verflüchtigen, wenn es um Machtfragen geht. Das jedenfalls belegt bereits jetzt die kurze Umsetzungswirklichkeit der Bolivarianischen Verfassung. Die althergebrachten politischen Akteure haben keine ernsthaften Versuche unternommen, den institutionellen Umbau zu verhindern oder zu beeinflussen. Sie haben es nicht verstanden, ihre Niederlage in den Präsidentschaftswahlen von 1998 in Reformfähigkeit umzumünzen und programmatische Aussagen zu alternativen Vorhaben zu entwickeln. Sie verzettelten sich in Schuldzuweisungen und Personaldebatten und verabschiedeten sich widerstandslos von der politischen Bühne. Im Wahlkampf für die Verfassungsgebende Versammlung traten sie nicht einmal an, stellten keine eigenen Kandidaten auf und verlegten sich auf die aussichtslose Verteidigung ihrer Positionen in den noch bestehenden Institutionen, wie z. B. dem todgeweihten Kongress. Im Vorfeld der Volksabstimmung über die neue Verfassung initiierten sie eine zaghafte Kampagne für das Nein. Sie verweigerten ihre Mitwirkung am Entwurf und der Errichtung der neuen politischen Ordnung, hatten aber auch nicht genügend Macht oder Überzeugungskraft, um sie zu verhindern.

### III. Regierungsbilanz nach zwei Jahren

Nach nur zwei Regierungsjahren kann Präsident Chávez auf eine eindrucksvolle politische Leis-

tung verweisen. Er war der unermüdliche Impulsgeber des Wandels. Er verlieh ihm mit seinem mobilisierenden verbalen Dauerfeuer eine unaufhaltsame Dynamik. Er überrollte die traditionellen politischen und gesellschaftlichen Akteure und setzte seinen Diskurs und seine Agenda durch. Er vermochte sein Image als unbestrittener Anführer des „revolutionären Prozesses“ von dem als Chef einer Regierung mit einer traurigen Wirtschafts- und Sozialbilanz zu trennen. Es gelang ihm, die an Schärfe zunehmende Kritik in den Medien zu neutralisieren.

Aber aller Rhetorik und Dynamik des Wandels zum Trotz sind die praktischen Ergebnisse der Chávez-Revolution bisher eher bescheiden, wie selbst ihre Apologeten implizit eingestehen, indem sie die meisterhafte Kommunikation des „Comandante“ mit seinem Volk hervorheben, sich aber nur verhalten zur qualitativen Entwicklung des Regimes und der versprochenen Verbesserung der Lebensqualität der Venezolaner äußern (Gott 2000: 20f. u. 229). Im direkten Vergleich mit der politischen Praxis des von Chávez tagaus, tagein geschmähten „verlotterten Führungszirkels“ des abgelösten Regimes erweist sich seine Fünfte Republik als noch intensiver nach Machtkonzentration strebend,<sup>5</sup> noch absolu-

Aber aller Rhetorik und Dynamik des Wandels zum Trotz sind die praktischen Ergebnisse der Chávez-Revolution bisher eher bescheiden, wie selbst ihre Apologeten implizit eingestehen, indem sie die meisterhafte Kommunikation des „Comandante“ mit seinem Volk hervorheben, sich aber nur verhalten zur qualitativen Entwicklung des Regimes und der versprochenen Verbesserung der Lebensqualität der Venezolaner äußern.

<sup>5</sup> So erhalten z.B. die Regierungen der Bundesstaaten nur knapp 5% des Mehrwertsteueraufkommens – gegenüber 15-20% in der Vergangenheit – während gleichzeitig der Haushalt der Zentralregierung dank des Erdölbooms alle Wachstumsrekorde bricht (Gesetz des Dezentralisierungsfonds [FIDES]; siehe auch:

Chávez spaltet mit seinem radikal-dualistischen Diskurs die venezolanische Gesellschaft in zwei Lager [...]. Ob beabsichtigt oder nicht schürt er so den sozialen Hass, mit der Folge einer nie da gewesenen Zunahme der Gewaltkriminalität.

tistischer bei der Zusammenstellung von Kandidatenlisten,<sup>6</sup> noch klientelistischer und nepotistischer bei der Ämterbesetzung, noch stärker auf Loyalität statt Fachkompetenz fixiert,<sup>7</sup> noch korrupter in ihrer Verwaltungspraxis, ob in der Zollverwaltung, im Bereich der Sozialpolitik oder dem vom Militär verwalteten Entwicklungsprogramm *Plan Bolívar 2000*<sup>8</sup> und, besonders besorgniserregend, weil dieser Bereich ja zu den erklärten Prioritäten des neuen Regimes gehört, noch mehr die Menschenrechte missachtend.<sup>9</sup>

Wie eingangs bereits erwähnt, spaltet Chávez mit seinem radikal-dualistischen Diskurs die venezolanische Gesellschaft in zwei Lager: die verarmte und somit

„gute“ Mehrheit – der „Souverän“ – und eine korrupte, verräterische Minderheit, die „Oligarchie“. Ob beabsichtigt oder nicht schürt er so den sozialen Hass, mit der Folge einer nie da gewesenen Zunahme der Gewaltkriminalität.<sup>10</sup> Viele Venezolaner verlassen das Land, die Kapitalflucht hält unvermindert an und früher enthusiastische Weggefährten des Präsidenten kehren ihm inzwischen den Rücken zu.<sup>11</sup> Die Medien, insbesondere die größeren Tageszeitungen, halten mit Kritik an der Regierung nicht zurück, aber die hat bisher die Popularität des Staatspräsidenten nicht geschmälert. Dennoch spüren die Medien und ihre Mitarbeiter verstärkten Druck, nicht nur durch die ständigen verbalen Attacken seitens Chávez, sondern auch durch vermehrte Gerichtsverfahren. So werden im Länderbericht Venezuela des Interamerikanischen Zeitungsverbands die „ständigen, öffentlich vorgebrachten Drohungen und

„Zentralregierung steigert Ausgaben von Januar bis August um 48,5%“, *El Universal*, 3.11.2000).

<sup>6</sup> Z.B. bei der Kandidatenaufstellung für die Verfassungsgebende Versammlung, für die Chávez sich offen das letzte Wort vorbehielt.

<sup>7</sup> Zweifellos verdanken Chávez' Vater (Gouverneur eines Bundesstaates), Bruder (Chef einer öffentlichen Bank) und Frau (Mitglied der Verfassungsgebenden Versammlung), ebenso wie eine Reihe von Putschkameraden ihre Ämter weniger ihrer Kompetenz als ihrer Beziehung zum „Comandante“.

<sup>8</sup> Z.B. „Rechnungshof moniert unbelegte Zahlungen von über 380 Millionen Bolívares im Plan Bolívar 2000“ (*Boletín de la Contraloría General de la República*, 9-12-1999); der Chef des Rechnungshofs, obwohl Chávez-Gefolgsmann, wurde inzwischen abgelöst.

<sup>9</sup> Die Menschenrechtsorganisation *Provea* stellte in Ihrem Jahresbericht 2000 (Okt. 1999 – Sept. 2000) fest, die Situation der Menschenrechte habe sich verschlimmert. Sie wies besonders darauf hin, dass die Zahl der von Sicherheitskräften getöteten Personen in diesem Zeitraum (170) nur im Putschjahr 1992 übertroffen wurde (187) (*Informe de Provea*, [www.politica/eluniversal.com](http://www.politica/eluniversal.com)).

<sup>10</sup> Die Kriminalstatistik des Statistischen Amtes ist nur bis 1998 aktualisiert. In der Presse wird die amtliche Zahl von 7779 Tötungsdelikten im Jahr 2000 genannt (*El Nacional*, 25.1.01), inoffizielle Zahlen gehen bis zu 9000 (*TalCual*, 2.1.01), das entspricht 34 bis 39 Tötungsdelikten pro 100.000 Einwohner, etwa 30mal höher als in Deutschland (1,2/100.000 im Jahr 1999) ([www.bka.de](http://www.bka.de)).

<sup>11</sup> Die Zahl der in Miami registrierten Venezolaner beträgt inzwischen 150.000, und die Kapitalflucht dürfte im Jahr 2000 bei 4-5 Milliarden Dollar liegen; einer Umfrage zufolge würde fast die Hälfte der jüngeren Venezolaner auswandern, wenn sich die Gelegenheit böte (Maxwell 2000); neben Miträdel Führern des Putschs vom Februar 1992 Urdaneta, Arias Cárdenas und Acosta Chirinos ist besonders Angela Zago zu erwähnen, die Autorin der Chávez-Glorifikation „La rebelión de los ángeles“ (1998).

Beleidigungen des Staatspräsidenten gegen Printmedien, ihre Herausgeber, Journalisten und wiederholt auch gegen den Zeitungsverband" gerügt, ebenso wie die Tatsache, „dass Herausgeber und Journalisten als Verleumder bezichtigt und vor Gericht gestellt [...] und dass die Prozesse hinausgezögert werden“.<sup>12</sup>

Das wirtschaftliche Management der Fünften Republik hat bisher nicht zu den gewünschten und versprochenen Ergebnissen geführt, trotz der von Erfolg gekrönten Entscheidung, die Erdölpolitik von der Marktsicherung durch Produktionsvolumen auf Preissicherung durch Produktionsverknappung eines revitalisierten Produzentenkartells umzustellen. Zweifellos hat der unermüdliche Einsatz des früheren Erdölministers und heutigen OPEC-Generalsekretärs Alí Rodríguez und des Staatschefs selbst dazu beigetragen, die Disziplin bei der Einhaltung der Exportquoten der Mitglieder zu stärken und damit die Preise deutlich zu steigern. Die absolute Vorrangigkeit des politischen Wandels als Voraussetzung für mittel- und langfristige Veränderungen in anderen Bereichen erforderte offenbar alle zur Verfügung stehenden Ressourcen, und die Formulierung einer kohärenten Wirtschaftspolitik blieb auf der Strecke. Die Investitionen sanken, die Arbeitslosigkeit stieg 1999 deutlich an und hielt sich im Jahr 2000 trotz der wirtschaftlichen Erholung auf dem

hohen Niveau von fast 15%, wobei die Hälfte der Beschäftigten in der Schattenwirtschaft tätig ist. Die Wirtschaftstätigkeit schrumpfte 1999 um über 6% und konnte 2000 mit einem Wachstum von etwas über 3% nur die Hälfte des verlorenen Bodens wiedergewinnen, ein deutlicher Hinweis darauf, dass die Hochkonjunktur im Erdölsektor die strukturellen Schwächen der venezolanischen Wirtschaft nicht auszugleichen vermochte. Die Inflation wurde zwar eingedämmt, liegt aber immer noch im zweistelligen Bereich (14%); zu dieser Entwicklung trug die mit gut 7% weit unter der Inflationsrate liegende Verteuerung des Wechselkurses bei, die einen stärkeren Preisauftrieb verhinderte, aber andererseits die Binnenproduktion und die nicht-traditionellen Exporte erschwerte. Positiv zu vermerken sind die hohen Devisenreserven (rd. 21 Milliarden US\$).<sup>13</sup>

Selbst der gute Vorsatz der Regierung, die Staatsausgaben unter Kontrolle zu bringen, verpuffte angesichts der ölpreisbedingten Einnahmesteigerungen. Ursprünglich nicht geplante Subventionen, Lohnsteigerungen und Einstellungen im öffentlichen Dienst trieben die Ausgaben im ersten Quartal 2000 um über 40% in die Höhe.<sup>14</sup> Den Angaben des Statistischen Amtes

Selbst der gute  
Vorsatz der  
Regierung, die  
Staatsausgaben  
unter Kontrolle zu  
bringen, verpuffte  
angesichts der öl-  
preisbedingten  
Einnahmesteige-  
rungen. Ursprüng-  
lich nicht geplante  
Subventionen,  
Lohnsteigerungen  
und Einstellungen  
im öffentlichen  
Dienst trieben die  
Ausgaben im ers-  
ten Quartal 2000  
um über 40% in  
die Höhe.

<sup>12</sup> Informe de la 56ª. Asamblea de la Sociedad Interamericana de Prensa, Oktober 2000, ([www.eluniversal.com/apoyos/sip1./html](http://www.eluniversal.com/apoyos/sip1./html)).

<sup>13</sup> Zu den Wirtschaftsdaten s. Länderbericht Venezuela ([www.eclac.org/publicaciones](http://www.eclac.org/publicaciones)) sowie "Mensaje de fin de año del Presidente del Banco Central de Venezuela" (El Universal, 27.12.2000).

<sup>14</sup> CEPAL, División de Estadística y Proyecciones Económicas: Finanzas Públicas, Resumen Venezuela ([www.eclac.org](http://www.eclac.org)).

Dass die Venezolaner die schwache Leistung der Regierung am eigenen Leib spüren [...], ergibt sich aus ihrer Sicht der Hauptprobleme des Landes, bedeutet aber keineswegs, dass sie diese Probleme dem Präsidenten Chávez anlasten oder das Vertrauen in dessen Fähigkeit verlieren, sie in eine bessere Zukunft zu führen.

zufolge wuchs die Zahl der Staatsdiener von April bis Juni 2000, also den drei Monaten vor den „Mega-Wahlen“, um über 100.000 Personen (Estadísticas de la Fuerza Laboral; [www.ocei.gov.ve](http://www.ocei.gov.ve)). Aus den Tabellen 1 und 2 wird ersichtlich, dass die Regierung die tatsächlichen Ausgaben Quartal um Quartal, Jahr um Jahr steigerte. Ein Großteil des Mehraufwands entfiel auf laufende Ausgaben, die sich – wie Lohnerhöhungen und Personalverstärkungen – auch auf die folgenden Haushalte auswirken. Eine derartige Haushaltspolitik hat sich in der Vergangenheit stets als nicht nachhaltig erwiesen und dürfte es auch jetzt nicht sein.

<b>Tabelle 1:</b> Veränderung der Staatsausgaben gegenüber dem Vorjahr	
Jahr	Veränderung
1999	+23%
2000	+58%
Quelle: Oficina Central de Presupuesto ( <a href="http://www.ocepre.gov.ve">www.ocepre.gov.ve</a> )	

<b>Tabelle 2:</b> Veränderung der Staatsausgaben gegenüber dem Vorquartal	
Quartal	Veränderung
1999/III	+24%
1999/IV	+27%
2000/1	+33%
Quelle: Oficina Central de Presupuesto ( <a href="http://www.ocepre.gov.ve">www.ocepre.gov.ve</a> )	

Dass die Venezolaner die schwache Leistung der Regierung am eigenen Leib spüren, nämlich in Form von Arbeitslosigkeit und Kriminalität, ergibt sich aus ihrer Sicht der Hauptprobleme des Landes (Tabelle 3), bedeutet aber keineswegs, dass sie diese Probleme dem Präsidenten Chávez anlasten (Tabelle 4) oder das Vertrauen in dessen Fähigkeit verlieren, sie in eine bessere

Zukunft zu führen (Tabelle 5). Allerdings fällt auf, dass im zweiten und dritten Quartal 2000 – einer wegen der Verschiebung der Mega-Wahlen turbulenten Zeit – der Anteil derjenigen, die ihn für die Probleme verantwortlich machten, auf mehr als das Doppelte stieg und danach auch nicht mehr das frühere, niedrige Niveau erreichte. Neuesten Daten zufolge verstärkt sich diese Tendenz wieder, denn 60% bzw. 52% sind der Meinung, die Regierung kümmere sich zu wenig um die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Kriminalität (Datos-Umfrage in: El Universal, 26.1.2001).

<b>Tabelle 3:</b> Öffentliche Meinung: Hauptprobleme des Landes			
	Quartal		
	I/2000	II/2000	III/2000
Arbeitslosigkeit	37%	36%	38%
Kriminalität	35%	29%	31%
Quelle: Consultores 21			

<b>Tabelle 4:</b> Chávez' Verantwortung für die Probleme des Landes (in %)				
	Januar 2000	I 2000	II 2000	III 2000
Nicht verantwortlich	75%	55%	52%	63%
Verantwortlich	22%	42%	45%	34%
Quelle: Consultores 21				

<b>Tabelle 5:</b> Vertrauen in Chávez' Fähigkeit, die Probleme zu lösen III/2000 (in %)	
Kann Probleme lösen	80%
Kann Probleme nicht lösen	14%
Quelle: Consultores 21	

Das aufgrund der politischen Veränderungen aufgebaute Ver-

trauen in die Regierung erstreckt sich bisher auch noch auf ihre wirtschaftspolitische Kompetenz, obwohl die volkswirtschaftlichen Eckdaten ein solches Vertrauen kaum rechtfertigen. Chávez hat die Bastionen des bei vielen verhassten, alten Systems mit solcher Wucht und Überzeugungskraft geschliffen, dass die Masse der Bevölkerung sich in Geduld übt und ihm Zeit dafür zugesteht, die tiefgreifenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes zu lösen (Tabelle 6).

<b>Tabelle 6:</b> Chávez zugestandene Zeit zur Lösung der Probleme			
	Quartal		
	I/2000	II/2000	III/2000
Zeit in Monaten	14	12	15
Quelle: Consultores 21			

Völlig anders hingegen denkt die Wirtschaft: eine Umfrage unter 319 Unternehmern ergab, dass mehr als zwei Drittel (68%) die Wechselkurspolitik für verfehlt halten. Nahezu alle Befragten (93%) forderten eine grundlegende Änderung der Wirtschaftspolitik, von der sie v.a. stärkere Anreize für Investitionen erwarten (Umfrage der Venezolanisch-Amerikanischen Handelskammer, El Nacional, 26.1.2001).

Im Bereich der Sozialpolitik hat die Regierung Chávez bisher keine klaren Richtungen vorgegeben oder Programme eingeführt, die sich von den üblichen, bekannten Maßnahmen abheben. So wurden die bei den früheren Ministerien für Familie und Wohnungsbau angesiedelten Programme – z.B. ein Baukreditprogramm, Vorsorge- und Er-

nährungsprogramme für Mutter und Kind, die Schulspeisung – fortgeführt, zum Teil unter anderen Bezeichnungen, oder in den vom Verteidigungsministerium verantworteten „Plan Bolívar 2000“ einbezogen, mit dem die Streitkräfte im weitesten Sinne als Entwicklungsinstrument eingesetzt werden und vom Wege-, Schul- und Landbau bis zum Haarschneiden und Reihenuntersuchungen infrastrukturelle und soziale Leistungen anbieten.

In der Zukunft soll die Bildungs- und Sozialpolitik gesellschaftlichen Netzwerken übertragen werden (Programa de gobierno de Hugo Chávez: 54ff.), aber bisher ist nicht abzusehen, wie dieses Vorhaben umgesetzt werden soll. Im Bildungsbereich deutet sich noch am ehesten an, was gemeint sein könnte: hier soll eine „Nationale Bildungsversammlung“ mit regionalen und lokalen Versammlungen gleicher Art vernetzt werden, an denen sich alle Eltern beteiligen und die die entsprechenden inhaltlichen und Maßnahmenvorschläge diskutieren sollen.<sup>15</sup> Was allerdings von der Wirklichkeit solcher partizipativen Vorstellungen zu halten ist, zeigt ein umstrittener Präsidialerlass, der sogenannten „Wanderaufsehern“, die zentral vom Ministerium ausgewählt und eingesetzt werden, die Kompetenz verleiht, die Schließung – vor allem privater – Schulen und die Entlassung von Lehrern zu empfehlen, welche die bildungs-

Im Bereich der Sozialpolitik hat die Regierung Chávez bisher keine klaren Richtungen vorgegeben oder Programme eingeführt, die sich von den üblichen, bekannten Maßnahmen abheben.

<sup>15</sup> Ministerio de Educación, Cultura y Deportes, La educación se postula en función de construir la Nueva República ([www.eluniversal.com/apoyos/educación](http://www.eluniversal.com/apoyos/educación)).



Die Bildungspolitik wird von der Regierung als Instrument zur langfristigen Absicherung des „revolutionären Prozesses“ und der Regierbarkeit angesehen.

politischen Richtlinien nicht befolgen.<sup>16</sup>

Die Bildungspolitik wird von der Regierung als Instrument zur langfristigen Absicherung des „revolutionären Prozesses“ und der Regierbarkeit angesehen: “[...] das Neue Nationale Bildungsprojekt soll die Regierbarkeit der Neuen Republik und den bereits begonnenen, neuen revolutionären Prozess sichern”.<sup>17</sup> Und, deutlicher noch auf die Gleichschaltung des Bildungssystems zielend: „Ziel ist die Formulierung von Regeln für die gesellschaftliche Organisation und Mitwirkung in den Gemeinschaften, Vierteln und Gemeinden zur gemeinsamen Verantwortung für den Bildungsprozess in Schule, Familie und Gemeinschaft, damit die Schule durch Staatsbürgerbildung zum Zentrum gesellschaftlichen Lebens und so ein Beitrag dafür geleistet wird, eine neue politische Kultur zu schaffen, welche die Unumkehrbarkeit des revolutionären Prozesses der Bolivarianischen Republik Venezuela sichert.”<sup>18</sup> Dieses Ziel wird auch mit der für alle Schulen verbindlichen Einführung der sogenannten „vormilitärischen Unterweisung“ verfolgt, die der da-

malige Sekretär der Ständigen Kommission für die Vormilitärische Unterweisung, ein General, mit dem Hinweis begründete und verteidigte, die Jugendlichen würden auf diese Weise lernen, „einem Befehl zu folgen, Disziplin zu üben und sich an Ordnung und Verantwortung zu gewöhnen“ (El Universal, 4.9.2000). Wenn das die Werte sind, die im Zuge der sekundären Sozialisierung unter der Aufsicht der bildungspolitischen Kommissare der Zentralregierung eingeübt werden sollen, besteht kaum Hoffnung auf die Herausbildung des selbstbewussten, kritischen und aktiven Staatsbürgers, der solche gesellschaftlichen Netzwerke gestalten könnte. Die gesetzgeberischen Maßnahmen, mit denen die Bildungspolitik auf diese Weise in den Dienst der „Revolution“ gestellt wird, werden überdies ohne parlamentarische Beratung im Rahmen eines (in der venezolanischen Politik keineswegs unüblichen) Ermächtigungsgesetzes (*Ley Habilitante*) dekretiert, das dem Staatspräsidenten für ein Jahr legislative Funktionen in nahezu allen Bereichen des öffentlichen Lebens überträgt.

#### IV. Zur Persönlichkeit von Hugo Chávez Frías

Hugo Chávez (Jahrgang 1954) wuchs als Sohn eines Lehrerpaares in Sabaneta auf, einem Ort in der venezolanischen Savanne, im Bundesstaat Barinas. Als 18jähriger begann er seine militärischen Laufbahn mit dem Eintritt in die Militärakademie. 1982 gründete er die „Revolutionäre Bolivarianische Bewegung 200“ (*Movimiento Bolivariano*

<sup>16</sup> Presidencia de la República, Decreto 1.011, 4.10.2000, Reforma del reglamento del ejercicio de la profesión docente ([www.politica.eluniversal.com](http://www.politica.eluniversal.com)); s. auch Interview mit dem Bildungsminister, El Universal, 24.12.2000 und El Universal, 19.12.2000.

<sup>17</sup> Presidencia de la República, Propuestas de la nueva resolución para las Comunidades Educativas, Octubre 2000, 2.

<sup>18</sup> Ministerio de Educación, Cultura y Deportes, Propuestas de la nueva resolución para las Comunidades Educativas, Octubre de 2000, 5 ([www.politica.eluniversal.com](http://www.politica.eluniversal.com)).

*Revolucionario* 200/MBR-200), „im Gedenken an den 200jährigen Geburtstag des Befreiers“ (Garrido 2000: 7). Als Oberstleutnant – dieser Dienstgrad wird auch als „Comandante“ bezeichnet – verantwortete er im Rahmen des Putschversuchs vom 4. Februar vor laufenden Kameras den Fehlschlag der Operation in der Hauptstadt Caracas und erwarb sich damit schlagartig das Image eines gescheiterten, aber aufrechten Helden, der von jenem Augenblick an seine in den Garnisonsstädten Maracaibo, Maracay und Valencia erfolgreichen Kameraden überstrahlte. Er verbrachte zwei Jahre in Haft, bis ihn der damalige Staatspräsident Caldera zusammen mit seinen Mitverschwörern auf dem Gnadenweg von jeder Strafverfolgung befreite.

Aus der Haft entlassen, entfaltete er eine rastlose politische Aktivität, besuchte jeden Winkel des Landes, baute seine politische Basis auf und entschied sich schließlich für eine Kandidatur im Präsidentschaftswahlkampf 1998, nachdem er noch 1995 zum Boykott der damaligen Regional- und Gemeinderatswahlen aufgerufen hatte. Gemeinsam mit seinen Putschkameraden wandelte er die Militärlöge MBR-200 in eine politische Partei unter praktisch demselben Kürzel um. Da nationale Symbole wie der Befreier nicht für Parteizwecke verwendet werden dürfen, musste Bolívar aus dem Parteinamen entfernt werden. MBR wurde in MVR umbenannt, was im Spanischen genauso ausgesprochen wird, wo-

bei das „V“ für „V. Republik“ steht: *Movimiento Quinta República*.

MVR und ihr Kandidat waren in der Frühphase des Präsidentschaftswahlkampfes nur Außenseiter, aber die Botschaft radikalen Wandels, die Chávez glaubwürdig verkörperte, sicherte ihm zunehmende Aufmerksamkeit. So lag er bereits im Mai des Wahljahres 1998 in den Umfragen vorn und verlor diese Position auch nicht mehr bis zur Entscheidung im Dezember.

Hugo Chávez ist ein sehr umgänglicher Mensch, der physischen Kontakt mit anderen geradezu sucht, er umarmt alt und jung mit natürlicher, ungespielter Herzlichkeit und versteht es, Barrieren und Reserven seiner Gesprächspartner zu überwinden. Er argumentiert mit großer Überzeugungskraft und hört geduldig die Meinung anderer, auch wenn er sie nicht teilt. Er strahlt Glaubwürdigkeit aus und beeindruckt selbst Kritiker mit seinem freundlichen Umgang.

Darüber hinaus ist er ein geborener Kommunikator, charismatisch, mit einem Talent dafür, die Massen zu begeistern und Optimismus zu verbreiten. Obwohl er es liebt, seine Ansprachen endlos weiterzuspinnen und dabei nicht selten seine zentralen Botschaften im Redefluss verloren zu gehen drohen, ermüdet er seine Zuhörer selten, denn seine emotionale Zuwendung, sein mit rhetorischen Fragen scheinbar interaktiv angelegter Ansatz kommen beim Volk an, auch wenn die Intellektuellen sich angewidert abwenden. Seinen Diskurs pflegt er mit zahllo-

Hugo Chávez ist ein sehr umgänglicher Mensch, der physischen Kontakt mit anderen geradezu sucht, er umarmt alt und jung mit natürlicher, ungespielter Herzlichkeit und versteht es, Barrieren und Reserven seiner Gesprächspartner zu überwinden. [...] Darüber hinaus ist er ein geborener Kommunikator, charismatisch, mit einem Talent dafür, die Massen zu begeistern und Optimismus zu verbreiten.

Hugo Chávez wird von einem paternalistischen Staatsbegriff geleitet, einem überall präsenten und für alles zuständigen Staat, denn selbst die sozialen Netzwerke, die er zu schaffen gedenkt – im normalen Verständnis genuine Ausdrucksformen der Zivilgesellschaft – sind für ihn ein Vorhaben, das vom Staat umgesetzt werden muss, weil sie das Staatshandeln zum Bürger hinleiten sollen.

sen, nicht immer gelungenen Metaphern anzureichern – „eine Demokratie ohne Menschen ist wie eine Kapelle ohne Heiligenfigur“ – und gibt sich gebildet, indem er – nicht immer zuverlässig – Autoren, Persönlichkeiten oder die Bibel zitiert, allen voran natürlich Simón Bolívar und dessen Lehrer Simón Rodríguez, aber auch Montesquieu, Ratzel, Haushofer, Nietzsche oder J.F. Kennedy.

Chávez' Kommunikation mit dem Volk ist durch Symbolik und Mythos gekennzeichnet. Er lässt keine Gelegenheit aus, an Ruhmestaten aus dem Unabhängigkeitskrieg gegen Spanien zu erinnern, dessen glorreiche Helden zu feiern und dabei Parallelen zu seinem „revolutionären bolivarianischen Prozess“ zu ziehen. Wenn er dann noch die Bibel als Referenz heranzieht, entsteht die Vorstellung einer venezolanische Dreieinigkeit aus Jesus, Bolívar und Chávez. So vergleicht er in seinem Brief an die venezolanischen Bischöfe vom Mai 2000 den „authentischen Revolutionär“ Jesus mit den Idealen Bolívars und seiner eigenen „Revolution“, die mit dem fehlgeschlagenen Staatsstreich am 4. Februar 1992 begann (Carta a la Conferencia Episcopal, [www.eluniversal.com](http://www.eluniversal.com)). Der Bezug zur Fidel-Saga – hier der fehlgeschlagene Sturm auf die Moncada-Kaserne sechs Jahre vor dem Sieg über den Diktator Batista – liegt auf der Hand. „Was wir tun – so weiter der Brief an die Bischöfe – ist Jesus und Bolívar in die Herzen der Unterjochten einzupflanzen“: die Dreieinigkeit Chávez-Jesus-Bolívar.

Fidel Castro und Jorge Eliécer Gaitán sind für Chávez Idole und Mentoren. Bei seinen öffentlichen Auftritten präsentiert er sich häufig in einer schlichten, nicht dem offiziellen Muster entsprechenden Uniform, wetteifert mit Castro im Dauerreden. Und wie Gaitán, der sich Mussolini-Reden angehört hatte, um dessen theatralische Gestik und Modulation zu studieren (Posada Cabr6: 1), zeichnet er sich durch Gespreiztheit, berauschendes Wort und Identifikation mit dem Volk aus.

Hugo Chávez wird von einem paternalistischen Staatsbegriff geleitet, einem überall präsenten und für alles zuständigen Staat,<sup>19</sup> denn selbst die sozialen Netzwerke, die er zu schaffen gedenkt – im normalen Verständnis genuine Ausdrucksformen der Zivilgesellschaft – sind für ihn ein Vorhaben, das vom Staat umgesetzt werden muss, weil sie das Staatshandeln zum Bürger hinleiten sollen (Programa de gobierno de Hugo Chávez: 55). Die im Diskurs und auch in der Verfassung gepflegte Vorstellung vom Volk als Hauptdarsteller – „*protagonismo popular*“ – ist mithin vom Ansatz ein von oben her zugestandenes staatliches Geschenk, nicht etwa eine eigenständige Leistung der Basis.

<sup>19</sup> Der Paternalismus hat in der Verfassung Gestalt angenommen. Brewer-Carías bemerkt dazu: „Der Staatspaternalismus im sozialen Bereich führt zu einer staatslastigen Verfassung [...] die im Sinne der staatlichen Intervention geschrieben wurde, nicht im Sinne der wirtschaftlichen Entwicklung durch die Individuen [...]“ (Brewer-Carías 2000: 224f).



## V. Postdemokratische Ideologie

Chávez' Vorstellungen zur Errichtung einer neuen Republik enthalten ideologische Bausteine der postdemokratischen Theorie in der Fassung des argentinischen Autors Norberto Ceresole. Einige Passagen der Bolivarianischen Verfassung, insbesondere im Titel über die Sicherheit und die aktive Beteiligung der Streitkräfte an der Entwicklung des Landes, aber auch der Diskurs des Präsidenten belegen diesen Bezug.<sup>20</sup> Praktisch gewendet kann man Ceresoles politische Theorie wie folgt zusammenfassen (Ceresole 1991 u. 1999):

*Postdemokratischer Caudillismo:* Der Rückgriff auf den autoritären Caudillismo ist kein Rückschritt, sondern fortschrittlich, denn schließlich handelt es sich um ein eigenständiges latein-amerikanisches Modell, das überdies in der Vergangenheit legitim war und auch heute noch ist: Hugo Chávez ist der lebende Beweis. Unter diesem Modell wurden bei der Einkommensverteilung größere Erfolge erzielt als in der repräsentativen Demokratie liberalen Zuschnitts. In diesem Sinne ist der Caudillismo ein wahrhaft postdemokratischer Ansatz. Chávez sieht das ebenso: „die repräsentative Demokratie ist nicht gut für die Venezolaner“ (El nacional, 16.10. 2000).

*Charismatische Führung:* Die Machtkonzentration in den Händen eines charismatischen Füh-

ers – archetypisch ein Militärcaudillo – ist eine notwendige Vorbedingung für tiefgreifenden Wandel. Hugo Chávez gibt sich bewusst als militärischer Caudillo, mit seiner Uniform und seinem roten Barett der Fallschirmjäger, dem Wahrzeichen seiner Bewegung; er ist die einzig legitime Quelle der Macht. In diesem Sinne ist das venezolanische Modell kein theoretisches Konstrukt, sondern wurde von der Wirklichkeit selbst geschaffen: es ist die direkte, fundamentale Beziehung eines charismatischen Militärcaudillos zu den Massen, die *ihn* gewählt haben, nicht irgendeine Idee oder ein Programm, den sie mit einem unbeschränkten Mandat ausgestattet und so auf eine metapolitische Ebene katapultiert haben. Um an die Macht zu kommen, musste Hugo Chávez den Putschversuch von 1992 unternehmen, denn nur so konnte er sich zum wahren Militärcaudillo hochstilisieren. Chávez gründet seine Macht auf die emotionale Zustimmung des Volkes, die er sich durch permanente Agitation sichert.

*Apostel:* Weitere Machtinstanzen sind die vom Caudillo auserwählten „Apostel“, die Führungsfunktionen übernehmen, jedoch keine eigenen Machtbasen aufbauen (tun sie das dennoch, wie z.B. der erste Vizepräsident Rodríguez, dann werden sie umgehend durch blässere Persönlichkeiten ersetzt). Sie sind unlösbare Bestandteile der konzentrierten Macht des Caudillo. Die Entscheidungsmechanismen der MVR spiegeln diese Philosophie getreu wider, insbesondere

Chávez' Vorstellungen zur Errichtung einer neuen Republik enthalten ideologische Bausteine der postdemokratischen Theorie in der Fassung des argentinischen Autors Norberto Ceresole.

<sup>20</sup> Z.B. Art. 328: „[...] die Streitkräfte sichern die Unabhängigkeit und Souveränität des Landes [...] durch aktive Beteiligung an der nationalen Entwicklung[...]“

Postdemokratie, charismatischer Militärcaudillo, Apostel und Gläubige, direkter Bezug zwischen Führer und Volk, Streitkräfte als Motor der Entwicklung, geopolitische Ausstrahlung Venezuelas als „Herzland“ des geeinten Kontinents: Elemente einer politischen Philosophie, die – so wird immer deutlicher – das politische Handeln von Hugo Chávez prägt.

bei der Auswahl von Kandidaten für Wahlämter.

*Rolle der Streitkräfte:* Die Streitkräfte sind als integrierte Körperschaft ohne Unterteilung in Waffengattungen zu konzipieren und sollen Aufgaben im Rahmen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung übernehmen. Sind die Streitkräfte erst in dieser Weise umstrukturiert und ausgerichtet, dann führt ihre weitere Stärkung automatisch zu beschleunigter Entwicklung. Es überrascht daher nicht, dass das wichtigste Vorhaben der Regierung im sozialpolitischen Bereich – der Plan Bolívar 2000 – der Zuständigkeit der Streitkräfte bzw. des Verteidigungsministeriums unterstellt wurde.

*Kontinentale Ausstrahlung:* Für den revolutionären Prozess ist es von entscheidender Bedeutung, dass Venezuela die Vorstellungen Bolívars von einem geeinten Subkontinent wiederbelebt, „alte Konzepte wie das Großkolumbiens [...] Wenn der venezolanische Prozess sich nicht innerhalb einer vernünftigen historischen Frist eine kontinentale Ausstrahlung eröffnet, wird er unter dem Druck einer feindseligen, auf trügerische Weise globalisierten Welt ersticken, weil dieser Druck irgendwann unerträglich wird“ (Ceresole 1999: 4). Die internationale Politik der Chávez-Regierung folgt diesem Gedanken, indem sie Venezuelas Energie-Ressourcen zum Auf- und Ausbau eines integrationsförderlichen Beziehungsgeflechts einsetzt.<sup>21</sup> Chávez selbst machte

sich Ceresoles Bedingung rückhaltlos zu eigen, als er anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens über Energiepolitische Zusammenarbeit zwischen Venezuela und den Staaten Zentralamerikas und der Karibik erklärte: „[...] wir greifen ein Konzept wieder auf, eine Integrationsvision [...] um jeden Preis [...] weil es sich um eine existenzielle Vision handelt [...] die aus dem bolivarianischen Traum eines geeinten Amerika geboren wird. Die Integration ist mehr als notwendig, sie ist lebenswichtig“ (El Universal, 20.10.2000).

Postdemokratie, charismatischer Militärcaudillo, Apostel und Gläubige, direkter Bezug zwischen Führer und Volk, Streitkräfte als Motor der Entwicklung, geopolitische Ausstrahlung Venezuelas als „Herzland“ des geeinten Kontinents: Elemente einer politischen Philosophie, die – so wird immer deutlicher – das politische Handeln von Hugo Chávez prägt.

## VI. Zur Dynamik der politischen Kultur

Einige Aspekte der politischen Kultur der Venezolaner wie das Vertrauen in Institutionen, die Protestbereitschaft oder die Parteidentifikation haben sich seit Chávez' Erscheinen auf der politischen Bühne positiv verändert. Neueren Daten zufolge sympathisieren z.B. mehr als die Hälfte der Bürger zwischen 18 und 24 Jahren mit einer politischen Partei, vor allem der MVR (Umfrage

<sup>21</sup> „Venezuela greift auf seine integrationsistische Vision zurück“; Energiepo-

litisches Abkommen von Caracas, 20.10.2000; OPEC-Gipfel in Caracas; Rahmenvertrag über Zusammenarbeit mit Kuba, 31.10.2000 ([www.politica.eluniversal.com](http://www.politica.eluniversal.com)).

Consultores 21, El Nacional, 5.5. 2000.), ein Anteil, aus dem zu schließen ist, dass die Parteiverdrossenheit besonders der Jugend im Zusammenhang mit dem Aufstieg der Bolivarianischen Bewegung zurückgegangen ist.

Andererseits schmolz das wiedergewonnen Vertrauen der Bürger in die Fairness von Wahlen rasch dahin und fiel auf das beschämende Niveau der Zeiten des Niedergangs der Vierten Republik zurück. So besaß der von den politischen Parteien besetzte Oberste Wahlrat der Jahre 1995 und 1996 trotz seiner pluralen Zusammensetzung keine Glaubwürdigkeit, weil die Parteien

selbst nicht glaubwürdig waren, während der erneuerten, inzwischen von Unabhängigen geführten Institution, die die Parlamentswahlen von 1998 organisierte, ein hohes Maß an Vertrauen entgegengebracht wurde. Nach Chávez Wahlsieg, der von demselben Wahlrat bestätigt wurde, stieg dieses Vertrauen auf eine unerreichte Höhe, stürzte dann aber regelrecht ab, als die unabhängige Führung im ersten Jahr der Fünften Republik durch eine Mannschaft von Chávez-Gefolgsleuten ersetzt wurde, die sich mit der Vorbereitung der Wahlen des Jahres 2000 so schwer taten (Tabelle 7).

<b>Tabelle 7:</b> Vertrauen in die Fairness von Wahlen 1995-2000 (in %)					
	<b>1995</b>	<b>1996</b>	<b>1998*</b>	<b>1999**</b>	<b>2000***</b>
<b>Wahlen sind fair</b>	20	9	64	91	15
<b>Wahlen sind unfair</b>	80	91	36	9	85
Quellen: Latinobarómetro 1995, 1996; Redpol 1998, 1999; CECA 2000. *Oktober, vor den November-Wahlen; **April, nach den Präsidentschaftswahlen; ***März, während der Debatte über die technische Durchführung der „Mega-Wahlen“.					

Noch beeindruckender ist aber der Geist der Fairness der Venezolaner, der aus diesen Daten spricht. Denn obwohl sie mehrheitlich mit Chávez sympathisierten, lehnten sie es rundheraus ab, dass die mit der Organisation von Wahlen beauftragte Institution so einseitig parteiisch besetzt war. Weniger auffällige, aber dennoch interessante Veränderungen haben sich im Protestverhalten der Bürger und ihrer Auffassung von der gesellschaftlichen Entwicklung eingestellt. Der Index für Protestverhalten, konstruiert aus der Gewichtung von Fragen zur Teil-

nahme an Demonstrationen, Verkehrsblockaden und gewalttätigen Aktionen sank zwischen 1995 und 1999 um ein gutes Fünftel (Tabelle 8).

Eine mögliche Lesart dieser Daten ist, dass die Regierungsübernahme durch eine Persönlichkeit, die den Bruch mit der ungeliebten Politiktradition verkörperte, vielversprechend war und einen Burgfrieden verdiente. Es wird aber ebenfalls deutlich, dass es einen „harten Kern“ gibt, der nicht einmal im Zuge der „demokratischen Revolution“ auf die Beteiligung an Blockaden und sonstigen, mit Gewalt verbunde-

Eine mögliche Lesart dieser Daten ist, dass die Regierungsübernahme durch eine Persönlichkeit, die den Bruch mit der ungeliebten Politiktradition verkörperte, vielversprechend war und einen Burgfrieden verdiente.

Der Burgfrieden kann vorübergehender Natur sein, besonders wenn die Menschen ungeduldig werden, weil die versprochenen Veränderungen nicht eintreten, oder wenn sich erweist, dass Protestaktionen Erfolg haben, das Volk also seine ihm zugesicherte Rolle als Hauptdarsteller auf der politischen Bühne auf diese Weise wahrnimmt.

nen Aktionen verzichtet. Der Burgfrieden kann außerdem vorübergehender Natur sein, besonders wenn die Menschen ungeduldig werden, weil die versprochenen Veränderungen nicht eintreten, oder wenn sich erweist, dass Protestaktionen Erfolg haben, das Volk also seine ihm zugesicherte Rolle als Hauptdarsteller auf der politi-

schen Bühne auf diese Weise wahrnimmt. Die Zunahme von Protestaktionen im Verlauf des Jahres 2000 scheint diese doppelte Lesart zu bestätigen, und das dürfte sich auch in den Daten der Weltwertestudie niederschlagen, die von einer Gruppe von Universitäten in Venezuela durchgeführt wird.

Tabelle 8: Protestverhalten 1995-1999				
	1995 (%)	Gewichtet	1999 (%)	Gewichtet
An Demonstrationen teilgenommen (.33)	22	7,26	12	3,96
An Blockaden teilgenommen (.66)	8	5,28	9	5,94
Gewalttätige Aktionen (1)	4	4,00	3	3,00
Index Protestverhalten		16,54		12,90
Quelle: Latinobarómetro 1995 und Redpol 1999				

Die Auffassung der Venezolaner zur Form des gesellschaftlichen Wandels bzw. Fortschritts hat sich in der relativ kurzen Zeit zwischen der Endphase des Präsidentschaftswahlkampfs von 1998 und den ersten 100 Tagen der Regierung Chávez (Oktober 1998-April 1999) deutlich verändert, denn das Eintreten für radikalen Wandel („Die Gesellschaft muss radikal verändert werden“) verdoppelte sich fast, während der Anteil konservativer Haltungen („Die Gesellschaft muss so bleiben, wie sie ist“) auf die Hälfte zurückging und die reformerische Mitte („Die Gesellschaft muss schrittweise reformiert werden“) konstant blieb. Man kann das so interpretieren, dass ein Teil der Konservativen sich ins Lager der Mitte bewegt hat, während sich gleichzeitig ein Teil dieser Mitte radikalisierte. Nach dieser Lesart wäre hin-

sichtlich des gesellschaftlichen Wandels eine allgemeine Dynamik der Radikalisierung zu beobachten, die parallel verläuft zu der von Chávez angestoßenen politischen Dynamik: große Mehrheiten treten für Wandel ein und ein steigender Anteil möchte diesen Wandel noch beschleunigen (Tabelle 9).

Tabelle 9: Auffassungen zum Gesellschaftswandel 1998-1999 (in %)		
	1998	1999
Die Gesellschaft muss radikal verändert werden	14	24
Die Gesellschaft muss schrittweise reformiert werden	64	65
Die Gesellschaft muss so bleiben, wie sie ist	22	11
Quelle: Redpol 1998 und 1999		

Die oben beschriebene Lesart wird gestärkt, wenn man das Wahlverhalten der so definierten

Radikalen, Reformer und Konservativen, ihre Haltung gegenüber der Demokratie und ihre Neigung zu demokratischen Werten wie Toleranz und Konsensbildung betrachtet. Die Radikalen neigen deutlich mehr zu Chávez, halten aber die Demokratie in geringerem Maße für

unentbehrlich als die beiden anderen Gruppen, unterscheiden sich aber nicht in ihrer Toleranz und Konsensbereitschaft. Selbst die Radikalen verfügen also über bedeutende Reserven an demokratischen Werthaltungen (Tabelle 10).

<b>Tabelle 10:</b> Gesellschaftswandel und Werte (1999)			
Wahlverhalten und Werthaltungen	Radikale (24%)	Reformer (65%)	Konservative (11%)
Haben Chávez gewählt	Mehr	Weniger	Weniger
Demokratie ist unersetzlich	Weniger	Mehr	Gleich
Tolerant gegenüber Opposition	Gleich	Gleich	Gleich
Konsensbereit	Gleich	Gleich	Gleich
Quelle: Redpol 1999			

## VII. Abschließende Überlegungen

Mit seiner ungewöhnlichen Sensibilität gegenüber den Erwartungen und Vorstellungen des Volkes hat Hugo Chávez es verstanden, sich für alle seine Schritte zur Errichtung der bolivarianischen Demokratie ein hohes Maß an Unterstützung durch die öffentliche Meinung zu sichern. Im Unterschied zum „verfaulten“ repräsentativen System der Vergangenheit vertraut sich das Volk in dieser bolivarianischen Demokratie direkt seinem Führer an, ohne sich auf Delegierte oder Mittler verlassen zu müssen. Sein beträchtlicher Rückhalt im Volk erleichterte es Chávez, die Politiker der Opposition als Vertreter der alten, korrupten Praktiken vorzuführen und sich ein solides, personalistisches Machtmonopol aufzubauen, immer auf der Basis demokratischer Legitimation oder Akklamation.

Hugo Chávez hat seine – bisher uneinnehmbare – Bastion ausgebaut, ohne die Nachbarländer Venezuelas zu antagonisieren, und er hat seine Entscheidungautonomie durch die Stärkung der Beziehungen zu Castros Kuba bewiesen. Er hat dafür die aus seiner Sicht akzeptablen Kosten auf sich genommen, die mit der Spaltung der venezolanischen Gesellschaft in zwei gegnerische Lager verbunden sind. Es wäre jedoch falsch anzunehmen, die Chávez-Anhänger seien eine rachsüchtige, antidemokratische und zur Hexenjagd bereite Masse. Die vorliegenden Daten zeigen, dass sie dieselben demokratischen Werte kultivieren wie ihre Opponenten. Nachdem er auch mit Hilfe einer ständigen Mobilisierung des Volks die verfassungsmäßigen Grundlagen für eine weitgehende Transformation gelegt hat, hätte man erwarten können, dass Chávez auf einen staatsmännischen Diskurs

Es wäre jedoch falsch anzunehmen, die Chávez-Anhänger seien eine rachsüchtige, antidemokratische und zur Hexenjagd bereite Masse. Die vorliegenden Daten zeigen, dass sie dieselben demokratischen Werte kultivieren wie ihre Opponenten.

Dass Chávez sich immer wieder auf den Dritten Weg des demokratischen Sozialismus und das Zwei-Hände-Paradigma bezieht – die unsichtbare Hand des Marktes im Verbund mit der sichtbaren Hand des Staates – fördert seine Darstellung als fortschrittliche Führungsfigur. Wenn man sein Eintreten für die Integration Lateinamerikas und seine durchaus noch im freundschaftlichen Rahmen gehaltene Absetzbewegung von den USA einbezieht, dann ergibt sich, was Rother als „Gottesgeschenk für die nach einem autochthonen Helden lechzende lateinamerikanische Linke“ bezeichnet.

umschaltet, um die weitere Entwicklung auf eine breitere gesellschaftliche Basis zu stellen. Das ist aber nicht eingetreten. Es muss daher befürchtet werden, dass sich die gesellschaftliche Spaltung vertieft und die daraus entstehenden Spannungen noch zunehmen.

Das uneingeschränkt mit Chávez identifizierte Regime kann als institutionell begründeter, populistischer Caudillismo bezeichnet werden; Caudillismo im Sinne des von Stinchcombe geprägten Begriffs, in dem die Beziehungen zwischen Patron und Klienten, Held und Gefolgsleuten die „kulturelle Materie“ (Stinchcombe 1999: 70) der Regierung darstellen, und populistisch im Sinne des von Weyland definierten, engeren Begriffs, der sich auf die Existenz einer personalistischen Führung beschränkt, die sich unvermittelt auf eine heterogene und nicht fest organisierte Masse stützt (Weyland 1999). Ein entscheidender Unterschied zwischen Stinchcombes Begriff und dem Chávez-Modell liegt allerdings darin, dass die Beziehungen zwischen Führer und Gefolgsleuten nicht auf Transaktionen zwischen nationalen, regionalen und lokalen Führungsfiguren aufbauen – neben dem Führer gibt es nur Apostel ohne eigene Machtpositionen – sondern das Volk insgesamt erfassen, und dass das Volk als ursprüngliche Machtquelle diese Macht durch Wahl uneingeschränkt auf den Führer übertragen und damit seine unbestrittene und unbestreitbare Autorität legitimiert hat. Zu dem hier verwendeten Populismusbegriff muss beachtet

werden, dass die Chávez stützenden Massen einen gewissen Organisationsgrad aufweisen, auch wenn man diese Organisation noch nicht als konsolidiert werten kann. Dennoch ist der eingeschränkte Begriff nützlich und geeignet, weil er das Wesentliche des Phänomens hervorhebt und so dazu beiträgt, die Unschärfe zu überwinden, die sich aus den sozioökonomischen Merkmalen ergibt, die dem Populismus nicht selten zugeschrieben werden (Novaro 2000).

Dass Chávez sich immer wieder auf den Dritten Weg des demokratischen Sozialismus und das Zwei-Hände-Paradigma bezieht – die unsichtbare Hand des Marktes im Verbund mit der sichtbaren Hand des Staates – fördert seine Darstellung als fortschrittliche Führungsfigur. Wenn man sein Eintreten für die Integration Lateinamerikas und seine durchaus noch im freundschaftlichen Rahmen gehaltene Absetzbewegung von den USA einbezieht, dann ergibt sich, was Rother als „Gottesgeschenk für die nach einem autochthonen Helden lechzende lateinamerikanische Linke“ (Rother 2000) bezeichnet. Vielleicht sogar für europäische Linke, die glaubwürdige, heterodoxe Modelle zur Entwicklung und Integration der Dritten Welt suchen, die sie unterstützen und von denen sie lernen können.

Andererseits könnte Stinchcombe Recht behalten, wenn er sagt, der Caudillismo beinhalte noch zu viele Unwägbarkeiten der revolutionären Phase, als dass er deren Krönung darstellen könne;

Chávez bleibt schließlich auch nach Errichtung der Bolivarianischen Republik unberechenbar. Sein eiserner Griff um die Macht kann sich ebenso schnell lockern wie er zupackte, wenn er die materiellen Erwartungen der Menschen nicht erfüllt. Im Augenblick sieht es für ihn günstig aus, weil hohe Erdölpreise eine umfassende Verteilungspolitik ermöglichen und er bewiesen hat, dass er im Verbund mit seinen OPEC-Partnern auf diese Preise Einfluss zu nehmen versteht. Mit der erfolgreichen Verknüpfung der internationalen Erdöl- und der Verteilungspolitik hat er zweifellos Zeit gekauft. Das reicht aber nicht als Ersatz für die erforderliche strukturelle Anpassung, von der sich in seinem Programm bisher wenig abzeichnet.

## Literatur

- ARENAS, Nelly / Luis GÓMEZ CALCAÑO (1999): "El imaginario redentor: de la Revolución de Octubre a la Quinta República Bolivariana", *XXII Congreso de ALAS*, Concepción, 12.-16. Oktober 1999.
- BLANCO-MUÑOZ, Augustín (1998): *Venezuela del 04f-92 al 06D-98. Habla el comandante Hugo Chávez Frías*, Caracas: UCV.
- BREWER-CARÍAS, Allan (2000): *La Constitución de 1999*, 2. revidierte Auflage, Caracas: Arte.
- CARRASQUERO, José Vicente / Friedrich WELSCH (2000): „Opinión pública y cultura política en Venezuela“, in: Friedrich Welsch / Frederick C. Turner (Hrsg.), *Opinión pública y elecciones en América*, Caracas: USB/CDB Publicaciones, 173-192.
- CECA (2000): *Encuesta Nacional 3/2000*, [www.cifrasonline.com](http://www.cifrasonline.com).
- CERESOLE, Norberto (1991): *Tecnología militar y estrategia nacional, política y economía de la defensa*, Buenos Aires: Pleamar.
- CERESOLE, Norberto (1999): *Carta a los constituyentes*, [www.eud.com](http://www.eud.com).
- COMISIÓN ECONÓMICA PARA AMÉRICA LATINA (CEPAL), División de Estadística y Proyecciones Económicas, Datos de coyuntura por países, [www.eclac.org](http://www.eclac.org).
- CHÁVEZ FRÍAS, Hugo (2000a): *Carta a la corte Suprema de Justicia*, 12.4.2000, [www.eud.com](http://www.eud.com).
- CHÁVEZ FRÍAS, Hugo (2000b): *Carta a la Conferencia Episcopal Venezolana*, 21.5.2000, [www.eud.com](http://www.eud.com).
- CONSULTORES 21: *Encuesta Nacional*, [www.consultores21.com](http://www.consultores21.com).
- FISCALÍA GENERAL DE LA REPÚBLICA (2000): *Revisión de los textos contentivos de la Constitución de la República Bolivariana de Venezuela*, <http://politica.eluniversal.com>.
- GARRIDO, Alberto (2000): *La historia secreta de la revolución bolivariana*, Mérida: Ed. Venezolana.
- GOTT, Richard (2000): *In the Shadow of the Liberator. Hugo Chávez and the Transformation of Venezuela*, London / New York: Verso.
- LATINOBARÓMETRO (1995 u. 1996): Umfragen in verschiedenen Ländern Lateinamerikas, Caracas: Banco de Datos de Opinión Pública, Universidad Simón Bolívar.
- MAXWELL, Kenneth (2000): „The Long Shadow of Hugo Chávez“, in: *Foreign Affairs* September/October, 118-122.
- MINISTERIO DE EDUCACIÓN: Proyectos, [www.politica.eluniversal.com](http://www.politica.eluniversal.com).
- NOVARO, Marcos (2000): „Peronist Populism, Market Reforms, and Democratic Institutions“, *XVIII World Congress of IPSA*, Quebec, 2.-5. August.

- OFICINA CENTRAL DE PRESUPUESTO (OCEPRE): Finanzas Públicas,  
[www.ocepre.gov.ve](http://www.ocepre.gov.ve).
- OFICINA CENTRAL DE ESTADÍSTICA E INFORMÁTICA (OCEI): versch. Daten,  
[www.ocei.gov.ve](http://www.ocei.gov.ve).
- POSADA CABRÓ, Eduardo: Jorge Eliécer Gaitán, [www.eureka.com.co/noticias/personajes/jorge-eliécer.html](http://www.eureka.com.co/noticias/personajes/jorge-eliécer.html).
- PROGRAMA DE GOBIERNO DE HUGO CHÁVEZ FRÍAS, [www.eud.com/programa2000/chavez.asp](http://www.eud.com/programa2000/chavez.asp).
- REDPOL (Red de Estudios Políticos): *Encuestas nacionales 1998 u. 1999*, Caracas: Banco de Datos de Opinión Pública, Universidad Simón Bolívar.
- ROTHER, Larry (2000): "Chávez Shaping Country to his Vision", in: *Washington Post*, 27.7.2000.
- STINCHCOMBE, Arthur L. (1999): „Ending Revolutions and Building New Governments“, in: *Annual Review of Political Science* 2, 49-73.
- WEYLAND, Kurt (1999): "Clarifying an Contested Concept: Populism in Latin American Studies", *DXXXXIV APSA Convention*, Atlanta, 2.-5. September.
- WELSCH, Friedrich (1999): „Humboldt y Bolívar. Dos siglos de cultura política comparada en América“, in: *El retorno de Humboldt*, Caracas: Todtmann Ed., 99-104.
- WELSCH, Friedrich / José Vicente CARRASQUERO (2000): "Venezuela under Chávez: Revolution in Democracy or Thrown back to Caudillismo?", *XVIII World congress of IPSA*, Quebec, 1.-5. August.
- WELSCH, Friedrich / Nikolaus WERZ (1999): „Der Wahlsieg und der Regierungsbeginn von Hugo Chávez Frías in Venezuela“, Rostock (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung 12).
- WELSCH, Friedrich / Nikolaus WERZ (2000): „Die venezolanische ‚Megawahl‘ vom Juli 2000 und ihre Folgen: Legitimation der Bolivarianischen Republik“, in: *Brennpunkt Lateinamerika* 20.
- ZAGO, Angela (1998): *La rebelión de los ángeles*, Caracas: Warp.



# IBERO-ANALYSEN

bisher erschienen:

- Heft 1:** Mario Solórzano: Vorwärts in die Vergangenheit oder rückwärts in die Zukunft? Wahlen zum Ende des Jahrhunderts in Guatemala (Oktober 1999)
- Heft 2:** Raúl Leis: Panama und die Übergabe der Kanalzone. Große Herausforderungen für ein kleines Land (Dezember 1999)
- Heft 3:** Jörg Meyer-Stamer: Über den Verlust von Dekaden und den Verlauf von Lernkurven. Wirtschaftlicher Strukturwandel und die Irrungen und Wirrungen der wirtschaftspolitischen Diskussion in Brasilien (Mai 2000)
- Heft 4:** Raúl Trejo Delarbre: Die neue demokratische Ungewissheit in Mexiko. Ein kurzer Bericht vor den Wahlen (Juni 2000)
- Heft 5:** Jürgen Weller: Lohnarbeit und Beschäftigungsentwicklung im Lateinamerika der 90er Jahre. Erwartungen, Ergebnisse und Perspektiven (September 2000)
- Heft 6:** Alvaro de la Ossa: Der zentralamerikanische Integrationsprozess. Ende einer Entwicklungsalternative (Dezember 2000)
- Heft 7:** Friedrich Welsch / José Vicente Carrasquero: Venezuela unter Chávez: Zwischen demokratischer Revolution und Caudillismo (Januar 2001)



© Ibero-Amerikanisches Institut Preußischer Kulturbesitz, Potsdamer Straße 37,  
10785 Berlin

**ISBN 3-935656-00-9**